

„Mission Statement“ der Mitglieder des Ost-Europa-Fachkreises des „Aktionsbündnis gegen Aids“
Mitglieder unter anderem: Diakonisches Werk der EKD in Deutschland, Renovabis, Caritas International, Connect plus e.V., Ev. Kirche Hessen-Nassau, Diakonisches Werk Bayern, Missionsärztliches Institut Würzburg, Dt. Institut für ärztliche Mission -DIFAEM Tübingen.

April 2004

Partnerschaft mit Osteuropa gegen HIV/AIDS

Die weltweit höchste HIV-Zuwachsrate in Osteuropa bedroht über eine Million Menschen

Seit Mitte der 90er Jahre verbreitet sich HIV/ AIDS in Mittel- und Osteuropa massiv und verursacht eine Katastrophe. In der Gesamtbevölkerung von 415 Mio. Menschen leben bereits mehr als 1,2 Mio. mit dem Virus. Bis 2010 könnten es vier mal so viele sein. Die Neuansteckungsrate liegt z.Zt. zwanzigfach über dem westeuropäischen Durchschnitt.

Schwer betroffen sind unsere Nachbarn in Russland, der Ukraine, Weißrussland und Moldawien. In den neuen Mitgliedstaaten der europäischen Union wie Ungarn, Tschechien, der Slowakei oder Polen sind die gemeldeten Zahlen zwar niedrig, ebenso wie in den Balkanländern, aber es gibt ein wachsendes Potential für HIV-Ausbreitung. Die baltischen Staaten haben die höchsten Ansteckungsraten in Europa. Entlang der Verkehrswege breitet sich das Virus vor allem in den strukturschwachen Industriezentren Osteuropas aus. Fatal ist, dass das Thema AIDS ein gesellschaftliches Tabu ist und infizierte Kinder wie Erwachsene oft wie Aussätzige behandelt werden. Die Gesellschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern unseres Kontinents befinden sich in einem radikalen Umbruch und durchleben einen tief greifenden strukturellen Wandel. Einerseits gehören Designershops zum Bild vieler Städte, andererseits leben allein eine Million Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. 2,5-3 Millionen Menschen in der russischen Föderation nehmen Drogen. 82% aller HIV-Infektionen entstehen dort durch gemeinsamen Gebrauch des Injektionsbestecks bei Drogengebern, daher sind die 15-24-Jährigen besonders betroffen. Ohne medizinische AIDS-Behandlung stirbt diese Generation früh.

Die Gesundheitsdienste stecken allerdings in einer schweren Krise. Angehörige müssen ihre Krankenhauspatienten vielfach selbst mit Medikamenten, Bettwäsche und Essen versorgen. Wiederholt ist es zu HIV-Übertragungen durch medizinische Eingriffe gekommen. HIV/AIDS verschärft außerdem die bereits grassierende Tuberkuloseepidemie, besonders in den Gefängnissen.

Die Bedeutung der HIV-Übertragung durch Geschlechtsverkehr wächst von Jahr zu Jahr. Homosexualität ist in vielen Ländern immer noch strafbar, was Präventionsprogramme für diese Zielgruppe nahezu verhindert. Es werden aber auch immer mehr junge Frauen bei heterosexuellen Kontakten angesteckt. Sie wissen oft nichts von der Gefährdung durch HIV. Das Aufleben traditioneller Rollenverhältnisse schwächt die Position der Frauen, ihre Interessen gegenüber ihren Partnern durchzusetzen. Um einer HIV-Übertragung während Schwangerschaft und Geburt vorzubeugen, wird ihnen oft eine Abtreibung nahegelegt. Auch wenn keine Ansteckung erfolgt ist, will sich aus übertriebenen Ängsten kaum jemand um die Kinder HIV-positiver Mütter kümmern. Mehrere 100.000 Waisenkinder werden mit dem Stigma leben müssen, aus einer betroffenen Familie zu stammen.

HIV/AIDS lässt die bereits niedrige Lebenserwartung in Osteuropa um bis zu 10 Jahre sinken. Durch den vorzeitigen Tod junger Menschen wird es an Arbeitskräften fehlen, die für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig wären. Verursacht durch HIV/AIDS wird das Bruttosozialprodukt in den nächsten Jahren fallen. Damit entwickelt sich HIV/AIDS zu einem Problem, das den sozialen Frieden und die Entwicklung in ganz Europa bedroht.

Gemeinsam gegen HIV/AIDS

Als Organisationen der christlichen Kirchen in Deutschland, der Zivilgesellschaft und besonders der Selbsthilfebewegung, nehmen wir diese Entwicklungen mit großer Sorge wahr.

Wir begegnen in den mittel- und osteuropäischen Ländern Verdrängung, Fehleinschätzungen und Schweigen. In der Bundesrepublik Deutschland erleben wir eine noch unzureichende politische Koordination und eine Überbewertung rein wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Unsere bestehende Zusammenarbeit mit Partnern in den Ländern Mittel- und Osteuropas, wird in Zukunft wesentlich durch die HIV/ AIDS Problematik bestimmt werden. Unsere Partner fordern uns auf, sie bei ihren Antworten auf HIV/AIDS nach Kräften zu unterstützen. Unsere geographische, kulturelle und historische Verbundenheit legt es nahe, uns als Partner beim Aufbau stabiler, nachhaltiger und sozialer Verhältnisse anzubieten - auch in unserem eigenen Interesse.

Um unsere Kräfte zu bündeln und gemeinsam getragene Aktionen zu entwickeln, bauen wir hiermit eine Plattform der Partnerschaft auf. Wir sind offen, für alle zivilgesellschaftlichen Kräfte, die an der Partnerschaft mit Osteuropa gegen HIV/AIDS mitarbeiten wollen. Wir werden auch unsere Zusammenarbeit mit Regierungen und internationalen Strukturen in diesem Feld intensivieren.

Grundlagen der Partnerschaft

HIV/AIDS ist ein komplexes Entwicklungsproblem. Es ist weit mehr als eine Krankheit. Es berührt soziale, kulturelle, legale, ökonomische, ethische, physische und psychische Dimensionen menschlicher Existenz. In unseren Antworten auf HIV/AIDS in Osteuropa wird diesen Zusammenhängen Rechnung getragen.

Wir engagieren uns in HIV/AIDS - Programmen, die ...

- den Schutz elementarer Menschen- und Zivilrechte, insbesondere den Schutz der Persönlichkeit, das Recht auf angemessene medizinische Behandlung und die Sicherung des Rechts auf Arbeit anstreben
→ MENSCHENRECHTE
- wirksame Vorbeugung gegen die Ausbreitung von HIV/AIDS, vor allem im Zusammenhang mit Drogengebrauchern, Schwangerschaft, Geburt, medizinischen Eingriffen und Bluttransfusionen zum Ziel haben
→ VORBEUGUNG
- die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Elemente untereinander und mit staatlichen Stellen, auf nationaler wie internationaler Ebene fördern
→ VERNETZUNG
- durch Öffentlichkeits- oder Bildungsarbeit die Wahrnehmung globaler Verantwortung und die Bereitschaft zu deren Übernahme sowohl in Mittel- und Osteuropa, als auch bei uns zu verstärken
→ IMPULSE
- durch gezielte Maßnahmen das Schweigen um HIV/AIDS und gesellschaftliche Tabus beseitigen und die Ausgrenzung von Menschen mit HIV/AIDS und davon indirekt Betroffenen zu überwinden helfen
→ ABBAU VON STIGMA
- den verschiedenartigen legitimen Bedürfnissen von Menschen mit HIV/AIDS und davon indirekt Betroffenen in einem ganzheitlichen Ansatz gerecht werden und effiziente Versorgung anbieten
→ VERSORGUNG

Unser Engagement wird erfolgreich sein, wenn

- Menschen mit HIV/AIDS und Betroffene eine Schlüsselrolle bei der Planung, Durchführung und Weiterentwicklung der Programme einnehmen,
- die Programme in allen ihren Phasen durch die Zivilgesellschaft und die Zielgruppen selbst mitgetragen werden,

- Sensibilität besteht, für ungerechte Verhältnisse zwischen Frauen und Männern und diese gezielt überwunden werden,
- die Bereitschaft vorhanden ist, in allen Feldern bereits bestehender Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnern selbstkritisch zu überprüfen, ob sie die Ausbreitung von HIV fördert oder deren Folgen verschlimmert und inwieweit die Bekämpfung von HIV/AIDS in umfassende Maßnahmen integriert werden kann.

Unsere Vorhaben sollen nach folgenden Kriterien bewertet werden:

- Die Menschenrechte werden respektiert.
- Es werden wissenschaftlich fundierte Informationen und Dienste angeboten, die frei von Vorurteilen und Ausgrenzungstendenzen sind.
- Die Befähigung zur Selbsthilfe wird geschaffen und gestärkt.
- Die Ziele sind klar und transparent. Die Planung umfasst einen Ressourcen- und Zeitplan.
- Die Maßnahmen werden evaluiert, sie werden in Kooperation mit den Partnern durchgeführt und vergrößern in keinem Fall die Abhängigkeit der osteuropäischen Partner von außen.

Wir beteiligen uns nicht an Vorhaben,

- die Menschenrechte verletzen, Vorurteile bestärken oder Ausgrenzung fördern,
- die unüberwindbare Abhängigkeiten schaffen,
- die wissenschaftlich nicht haltbare Informationen verbreiten,
- in denen die Entscheidung zu einem HIV-Test nicht auf informierter, freier Zustimmung beruht,
- die keine vertrauliche Beratung vor und nach einem Test anbieten,
- die institutionelle Versorgung von Menschen mit HIV und Waisenkindern anbieten, ohne dass eine Perspektive auf soziale Reintegration besteht
- die keine Beurteilung und Weiterentwicklung von Maßnahmen vorsehen